

Über einen erfolglosen Streik - und nicht nur über ihn

***Der Moskauer Politologe Alexander Charlamenko über
den spanischen Fluglotsenstreik als Präzedenzfall***

Am 3. und 4. Dezember 2010 waren Internet und Massenmedien voll mit der Meldung über den Streik der Fluglotsen in Spanien. Die Flughäfen Madrids und anderer Städte blieben geschlossen, die führende Fluggesellschaft "Iberia" hatte sämtliche Flüge gestrichen. Tausende Fluggäste steckten Tag und Nacht in den Wartesälen fest.

Der Konflikt schwelte schon fast über ein Jahr. Für die Bodendienste des zivilen Flugverkehrs ist in Spanien eine einzige Staatsfirma zuständig. Gemäß dem zwischen ihr und der Gewerkschaft der Fluglotsen abgeschlossenen Tarifvertrag musste jeder von ihnen 1 200 Stunden im Jahr und konnte bis zu 500 Überstunden gegen Zusatzentlohnung ableisten, wofür sich die Mehrheit ausgesprochen hatte. Nun aber hatte die Regierung per Dekret (Spaniens Arbeitsgesetzgebung erlaubt das nicht) die Pflichtarbeitszeit auf 1 700 Stunden erhöht und die Löhne entsprechend gesenkt. Ebenfalls gesetzeswidrig beraubte man die Fluglotsen faktisch ihres Streikrechts. Die Regierung gab selbst zu, dass sie eine Privatisierungsaktion vorbereite und dabei Bedingungen schaffe, um Privatinvestoren anzulocken. Den Fluglotsen blieb nur noch eine Möglichkeit des Widerstands übrig - die Arbeitsplätze zu verlassen und sich dabei auf mangelndes Wohlbefinden zu berufen. Das ist nicht der erste Streik unter derartigen Bedingungen. Erst im Juni hatte die Metro von Madrid gestreikt. Auch die Eisenbahn war für die Privatisierung vorgesehen, weshalb es hier jeden Moment zum Ausbruch kommen konnte. Am 29. September, dem Europäischen Protesttag gegen den harten Wirtschaftskurs auf Kosten der Werktätigen hatten die Gewerkschaften den Generalstreik ausgerufen. Der Auftritt der Fluglotsen jedoch führte zu Folgen, die noch kein einziger Arbeitskonflikt im letzten Drittel des Jahrhunderts gezeitigt hatte.

Die Regierung des Sozialisten Zapatero und König Juan Carlos I. de Borbón verhängten erstmals nach Franco den Ausnahmezustand. Ebenso wurde erstmals wieder ein General in den Krisenstab berufen. Der Armee wurde das Recht gegeben, nicht nur die Streikenden durch Militärs zu ersetzen, wie es häufig schon bürgerliche Regierungen in verschiedenen Ländern vorgemacht hatten, sondern sie sogar zur Arbeit zu zwingen. Dafür deklarierte man für die Fluglotsen die Mobilmachung und unterstellte sie dem Kriegsrecht - nach dem alten Gesetz von Franco, das die Regierung Zapatero selbst im Jahre 2005 abgeschafft hatte. Ihren Gesundheitszustand überprüften Militärärzte, die praktisch alle als Simulanten einstufte (die Folgen für die Flugsicherheit lassen sich leicht erraten). Auf den Towers fanden sich Armeeoffiziere ein, auf den Flughäfen patrouillierten Soldaten; an

einigen Orten bildete die "Guardia Civil" einen Spalier für die Fluglotsen auf ihrem Weg zur Arbeit, buchstäblich mit vorgehaltener Pistolenmündung.

Die Situation erinnerte fatal an die Probe für einen Militärputsch. Um die Lenkung des Flugverkehrs selbst schien die Armee weniger besorgt: Den ganzen 4. Dezember über arbeitete kein einziger Flughafen. Am selben Tag beeilten sich die Anführer der Fluglotsen den Streik beizulegen.

Aktive Reaktionen folgten weder bei den spanischen noch bei ausländischen Gewerkschaftszentren. Besondere Verwunderung muss das nicht hervorrufen. Die Fluglotsen bilden eine einigermaßen privilegierte, hoch qualifizierte und hoch bezahlte Abteilung der Lohnarbeiterschaft. Ihre Gewerkschaft hängt mit keinem der anderen Gewerkschaftszentren Spaniens zusammen, dafür verfügte sie über enge Kontakte mit der früheren Regierung des Neofrancisten Aznar, die ihnen aus rein politischem Kalkül Vorzugsgehälter zugestanden hatte.

Die Fluglotsen hätten durchaus die reale Chance gehabt, ihre Interessen durchzusetzen, wenn sie ihren entscheidenden Auftritt auf den Europäischen Tag der Gewerkschaftsproteste am 29. September gelegt oder mit den Aktionen ihrer Kollegen in Griechenland, Portugal oder Frankreich abgestimmt hätten. Doch ihre Gewerkschaft hatte mit niemandem ihre Aktionen koordiniert. Höchstens, wie viele in Spanien vermuten, mit der rechten Opposition, die das Kabinett Zapatero zu stürzen gedenkt und vorzeitige Neuwahlen anstrebt. Ob das nun zutrifft oder nicht - den Herrschenden gab man so die Möglichkeit, Lehren aus der Erfahrung der Nachbarländer zu ziehen und frühzeitig Reaktionen vorzubereiten.

Der Streik ist, wie die Gewerkschaftsführer versichern, spontan ausgebrochen. Man hatte die "Weißkragen" einfach provoziert, indem man das drakonische Gesetz in einem Moment veröffentlicht hatte, welcher der Regierung und/oder der rechten Opposition sehr entgegenkam. Den übrigen Bürgern, darunter all jenen, die von den gestrichenen Flügen betroffen waren, erklärte niemand etwas. Hätte wenigstens die Fluglotsengewerkschaft (oder jemand anders) den auf den Flughäfen fest hängenden Leuten eine Information darüber ausgehändigt, dass nicht die Lotsen selbst, sondern die Regierung die Schuld trifft, wäre der Streik bei vielen auf Verständnis gestoßen. So hinderte aber niemand die Herrschenden und die monopolisierten Medien daran, die Streikenden als Egoisten auszugeben, die nichts anderes außer ihr eigenes Einkommen interessiere.

Nach den mächtigen gesamt-nationalen Streiks in Griechenland, Frankreich, Portugal und in Spanien selbst und nach dem europäischen Protesttag bekam somit der bürgerliche Staat Spanien die Möglichkeit, gegenüber den Gewerkschaften und Linken seine Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. Die herrschende Klasse bekam erneut die Möglichkeit, sich unweigerlich und rasch nicht nur einer Abteilung, sondern einer ganzen Armee der Lohnarbeit entgegenzustellen, und nicht nur in Details, sondern in wirklich entscheidenden Fragen.

Spanien gehört in Bezug auf die Sozialgesetzgebung zu den rückständigsten Ländern Europas. 2008 hatte es die Krise an den

Rand des Bankrotts gebracht. Jeder Fünfte ist hier ohne Arbeit, bei fast der Hälfte von ihnen hat niemand in der Familie Arbeit. Nun aber wurden auch noch die Antikrisen-Maßnahmen der EU für Irland (das mit Spanien seit langem zusammenhängt und ihm in den sozialen Bedingungen sehr ähnelt) und für Spanien selbst verkündet. Die Werkstätigen werden ihren Gürtel noch enger schnallen müssen. Durchgeführt aber werden die Maßnahmen von einer der letzten in Europa verbliebenen sozialdemokratischen Regierungen. Nachdem diese 2004 auf einer Welle der Unzufriedenheit mit Aznars Regierungsgeschäften an die Macht gelangt war, der das Land in den Irak-Krieg gezogen hatte, setzte sie lediglich einen Punkt des Wahlprogramms der Sozialisten in die Tat um - die Einführung der Homo-Ehe. Eine wirkliche linke Alternative ist in Spanien schwach vertreten. Es gibt hier kein einheitliches Gewerkschaftszentrum wie in Griechenland oder Portugal. Die kommunistische Bewegung hat sich bis heute nicht von ihrer Niederlage 1939 und vom "eurokommunistischen" Opportunismus der 1960-1970er Jahre erholt. Den Rechten gelingt es, die Unzufriedenheit eines Teils des Proletariats, vom Kleinbürgertum ganz zu schweigen, gegen die ausländischen Arbeitskräfte und gegen "die Linken" als solche zu lenken. Bei den Regionalwahlen in Katalonien am 28. November siegten die Rechtsnationalisten. Die Sozialisten wurden auf lokaler Ebene geschlagen, ihre Bündnispartner, die bürgerlichen Republikaner, verloren die Hälfte der Stimmen. Wenn es bei den Wahlen in ganz Spanien zu ähnlichen Ergebnissen kommt, würde das im Kern die Zerstörung der Sozialistischen Internationale und einen Rechtsruck für ganz Europa bedeuten. Verhindert werden könnte das nur durch einen Aufschwung der Massenbewegung gegen die zweite Welle des Neoliberalismus, und um diesem zuvorzukommen, wurde nun ein Schlag geführt.

In Spanien ist der Kampf um die Wirtschafts- und Sozialpolitik aufs Engste verwoben mit dem Kampf um die Gestaltung der politischen Ordnung, dessen Wurzeln weit in die Geschichte zurückweisen. In den vergangenen krisengeschüttelten Jahren hatte die Bewegung gegen Überreste des Absolutismus und des Franco-Regimes - gegen Monarchie und katholischen Klerikalismus - merklich an Aktivität gewonnen. Der 6. Dezember ist der Jahrestag der monarchischen Verfassung von 1978 und traditionell der Protesttag der Linken gegen sie. Der 8. Dezember ist einer der wichtigsten katholischen Feiertage. Als der Papst unlängst in Spanien weilte, erlaubte er sich die "Aggressivität" der Gegner des Klerikalismus mit den 1930er Jahren zu vergleichen. Wenn man die Rolle der Kirche in der Vorbereitung und Durchführung des Franco-Putsches berücksichtigt, der zu einer nationalen Tragödie führte, lässt sich die Äußerung des Oberhauptes der katholischen Kirche schwerlich anders denn als Provokation bezeichnen. Die Anhänger des Heiligen Stuhls haben für den 8. Dezember Proteste programmiert. Der Ausnahmezustand erleichtert jetzt den Mächtigen ein Verbot bzw. die Unterdrückung beliebiger Massenaktionen. Eine blutende Wunde Spaniens ist der unerklärte Krieg zwischen Staat und Aufständischen der ETA im Baskenland, die für die Unabhängigkeit kämpft. Was immer man von der Position und den Methoden der ETA hält, so ist doch offensichtlich, dass sie ihren Kampf nicht über viele Jahrzehnte ohne die Unterstützung eines bedeutenden Teils der baskischen Gesellschaft hätte führen können. Etwas anderes ist auch schwerlich zu erwarten von einem kleinen Volk, das sich niemals irgendeiner Macht unterworfen hat, das die

spanische Monarchie nur unter der Bedingung anerkennt, dass diese ihre alten Freiheitsrechte respektiert und das unter Franco eine grausame nationale Unterdrückung bis hin zum Verbot der Heimatsprache erleiden musste. Leider sagt niemand in Spanien selbst oder anderswo laut, dass sich der Konflikt ohne politischen Dialog nicht lösen lassen. Die Einstellung der bewaffneten Kämpfe wird nur von der einen Seite gefordert - von der ETA. Die Sozialisten haben ihr Versprechen zur politischen Lösung des Konflikts nicht gehalten. Im Gegenteil nimmt eine verschärfte Kampagne gegen die Basken ihren Lauf, die international koordiniert wird. Man bezichtigt Chávez der Beziehungen zur ETA, die Basken - der Beziehungen zur kolumbianischen FARC oder zu den chilenischen Mapuche. Im August hatte die ETA eine einseitige Feuerpause erklärt. Der zivile Flügel der baskischen Linken sprach sich für den Übergang zu friedlichen Methoden im Kampf um Autonomie aus. Doch ungeachtet dessen verschärft die Regierung die Repressalien, und zwar nicht nur gegen die ETA. Im September wurde die Askapena de facto verboten - eine legale Organisation der internationalen Solidarität zwischen den Befreiungsbewegungen des Baskenlandes, Lateinamerikas, Palästinas, der West-Sahara; ihre Führer wurden verhaftet.

Im Zusammenhang damit steht offensichtlich auch die Erschießung von Anhängern der Autonomiebewegung der West-Sahara am 8. November 2010 in El Aaiún, der auf das Konto marokkanischer Truppen geht, und die Reaktion der spanischen Regierung darauf. Madrid trägt die juristische Verantwortung für seine frühere Kolonie (mit den weltweit größten Phosphorit-Vorkommen), die 1976 von Marokko okkupiert wurde: deren Annexion wurde von der UNO nie anerkannt, während die von der Befreiungsbewegung Polisario erklärte Unabhängigkeit von vielen Ländern der Welt anerkannt wurde. Diesmal haben fast alle Parlamente der autonomen Gebiete Spaniens diese Strafaktion verurteilt und sich mit den Opfern solidarisiert, die Regierung hingegen nahm nur die Position des offiziellen Rabat zur Kenntnis. Es handelt sich hier nicht nur um einen Teil der internationalen Offensive gegen die Befreiungsbewegung der Völker unter dem Mantel des "Kampfes gegen den Terror", sondern auch um ein neuerliches Zugeständnis des Kabinetts des Sozialisten an die faschistoide Reaktion. Spaniens und Marokkos Rechte unterhalten seit langem engste Beziehungen. Marokko und die West-Sahara waren die Wiege des Franco-Aufstandes von 1936.

In wenigen Monaten nähert sich der 75. Jahrestag des Sieges der Volksfront, wenig später jährt sich der Beginn des Bürgerkriegs. Diese Daten besitzen globale politische Bedeutung. Nachdem Spanien in den 1930er Jahren zum Symbol des heldenhaften internationalen Widerstandes gegen den Faschismus geworden war, wurde es seit der zweiten Hälfte der 1970-er zum Symbol von etwas anderer Art - die sich verkörpert im "Moncloa-Pakt", einer um den Preis des weltanschaulichen und moralischen Rückfalls der linken Opposition zurechtgestutzten Demokratisierung. Indem die Sozialisten und Eurokommunisten im Tausch gegen ihre Legalisierung die Monarchie mit dem alten Unterdrückungsapparat akzeptierten, der den Terrorkrieg gegen Basken und Linksradike fortsetzte, sagten sie sich von ihren eigenen Kampfzielen los - von Revolution und Republik, von politischer Freiheit und Volkssouveränität, vom säkularen Staat und von der Selbstbestimmung der Nation. Indem sie sich einverstanden erklärten, faschistische Verbrecher nicht zur Verantwortung zu ziehen,

verrietten sie das Vermächtnis von hunderttausenden (mit ihren Familien - Millionen) Opfern des Bürgerkrieges und der Repressalien des Franco-Regimes. Den von den Putschisten ermordeten Republikanern gönnt man bis heute keine ehrenvolle Bestattung, dafür wurden für Franco-Anhänger - also im Grunde für Putschisten und Verräter, die die deutsche und italienische Intervention ins Land geholt hatten - Monumente im Überfluss errichtet; Franco selbst ruht mit seinen "Waffenbrüdern" in einer gigantischen Gruft, die von Kriegsgefangenen erbaut wurde, von denen viele bei diesem Bauvorhaben umkamen.

Für eine Partei, die sich zu den Linken oder gar Kommunisten zählt, bedeutet das Eingehen eines solchen "Kompromisses", dass sie sich zum politischen und moralischen Selbstmord verurteilt und im wahrsten Sinne zum "Renegaten" wird (das spanische Wort für einen "Sich-Verleugnenden"). Eine "nationale Versöhnung" dieser Art möchten die Rechten am liebsten der ganzen Welt - von Lateinamerika bis Russland - aufzwingen.

Doch selbst mit einer solchen zurechtgestutzten Demokratisierung tun sich die spanischen Rechten heute schon schwer. Unter den Bedingungen einer immer weiter Raum greifenden Rehabilitierung des Faschismus, die von der Reaktion weltweit betrieben wird, streben sie die vollständige Rehabilitierung des Franco-Regimes im Kontext einer sozialpolitischen Revanche nicht nur spanischen, sondern internationalen Ausmaßes an. Schon seit einem halben Jahrtausend tritt Spanien als Sprungbrett für das westeuropäische Kapital über den Ozean auf. Der 200. Jahrestag des Aufbegehrens Lateinamerikas gegen den spanischen Kolonialismus ist von hoch aktuellem Gehalt. Die unter dem Dach der EU konsolidierten spanischen Konzerne (wie die Bank Santander, die Erdölfirma Repsol, der Energiekonzern Fenosa, der Medienkonzern Prisa, die Telekommunikationsfirma Telefonica u.a.) haben sich zur vermutlich aggressivsten Fraktion des transnationalen Kapitals in ganz Lateinamerika entwickelt. Die neofrancistische Volkspartei des Ex-Premiers Aznar und auch die von ihr angeführte Regionalregierung in Madrid bilden einen internationalen Stab von faschistoiden Ultras. Sie alle tragen aktiven Anteil an der Vorbereitung des Putsches in Honduras, an den Aufständen in Bolivien und Ecuador, den Kampagnen der Rechten in Venezuela, Nicaragua, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile. Madrid betreibt bei Miami eine Art Zentrum der kubanischen Konterrevolution. Aznar - das ist der Berlusconi von iberamerikanischem Ausmaß: In allen führenden Ländern Lateinamerikas besitzt er mächtige Massenmedien, in denen er Hetzkampagnen gegen Castro, Chávez, Morales, Ortega, Correa und selbst gegen Lula, Dilma Roussef, Cristina Fernández und den verstorbenen Nestor Kirchner führt. Kaum hinter ihm zurück steht auch die spanische Kirche - ein Bollwerk des rechten Flügels im internationalen Katholizismus, vor allem in Lateinamerika. Die Erfahrung und die Möglichkeiten der spanischen Reaktion stellen eine Gefahr auch für andere Regionen der Welt dar - nicht zuletzt auch für Russland. Spanien stellt das einzige Beispiel für die erfolgreiche Restauration einer von der Revolution gestürzten Monarchie im Rahmen der letzten 200 Jahre in Europa, wenn nicht sogar in der ganzen Welt dar. Die spanischen Bourbonen sind für Russlands Monarchisten "Hoffnung und Stütze".

So ungefähr lässt sich der politische Hintergrund für den Streik der

spanischen Fluglotsen skizzieren. In seinem Verlauf und Ausgang spiegeln sich wie in einem Wassertropfen die ganze Kompliziertheit und der ganze Ernst der gegenwärtigen Situation im Land, in der Region und in der Welt wider. Vor fast dreißig Jahren begann Reagans Administration mit der Niederschlagung der US-Fluglotsen eine globale Offensive gegen die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts. Jetzt wird in Spanien ein Präzedenzfall für die offene Diktatur der regierenden Klasse geschaffen, die soziale Proteste ohne jede Rücksicht auf Gesetzlichkeit erstickt, mit Methoden aus dem Arsenal eines der grausamsten und langlebigsten faschistischen Regimes. Das ist Teil einer allgemeinen Offensive der europäischen und weltweiten Reaktion.

(Übersetzt von Gudrun Havemann, redaktionell gekürzt)

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)